

## RESEARCH

# Warum wir offene Grenzen brauchen

**Im Rahmen der Forschungsarbeit „Spaces of Migration“ wurden anhand von Interviews mit unterschiedlichen Akteuren Positionen zur offenen Grenze ermittelt. In der politischen Debatte finden sich verschiedene Narrative, welche die transformative Kraft von freier Migration beschreiben. Die Gespräche mit Clemens Schneider und Fabian Georgi führte Daniel Heuermann.**

Migration und insbesondere Flucht sind prägende Themen in der internationalen und nationalen Politik. Die laute Forderung der aufblühenden rechten Bewegung – gegen „Islamisierung“, „Überfremdung“ und Globalisierung – ist die Schließung der Grenzen für Migrantinnen und Migranten. Davon wird das ganze politische Spektrum beeinflusst. Bis in die Linke hinein wird diskutiert, ob Grenzen geschlossen werden müssen, um nationale Errungenschaften zu bewahren.

Die Realität ist jedoch, dass die meisten Grenzen relativ geschlossen sind. Zwar ist keine Grenze völlig undurchlässig und die Mobilität des Menschen seit Beginn der industriellen Revolution gestiegen, doch die Kontrollen nationaler Grenzen sind tendenziell strikter geworden. (Staats-)Grenzen spielten im 18. und 19. Jahrhundert eher eine untergeordnete Rolle für die Migration von Menschen. Einwanderungsbestimmungen und Asylgesetze sind besonders in der Zeit seit den 1970er und 1980er Jahren – während also Kapital und Waren auf immer weniger Grenzen stießen – verschärft worden. Grenzen, die gelockert wurden, wie innerhalb der EU, wurden durch die Verstärkung der gemeinsamen Außengrenzen ausgeglichen.

Viele politische Strömungen stellen sich jedoch gegen die nationale Abschottung und erkennen in Migration Potenziale und Notwendigkeiten für ihre jeweiligen Gesellschaftsentwürfe. Dabei unterscheiden sie sich hauptsächlich im Maß der Öffnung nationaler Grenzen. Positionen, in denen dieses Maß gegen Null tendiert, erhalten – als utopisch bezeichnet – im alltäglichen politischen Mainstream wenig Beachtung. Unter den Schlagworten „No Borders“ und „Open Borders“ werden sie sowohl im linken Spektrum, wie im Anarchismus oder Marxismus, als auch im Liberalismus diskutiert.

Interviews mit zwei Vertretern unterschiedlicher politischer Strömungen, die in ihren jeweiligen Narrativen für die Öffnung oder Abschaffung von Grenzen eintreten, sollen die Potenziale und positiven Auswirkungen von Migration bzw. die negativen Aspekte von geschlossenen Grenzen erkunden. Dabei werden gesellschaftliche Transformationsprozesse in Verbindung mit räumlicher Transformation diskutiert, um Bedeutungen für den Stadtraum abzuleiten. Clemens Schneider, Mitbegründer des klassisch-liberalen Think Tanks Prometheus, schreibt einen Blog für die „Huffington Post“ und ist Mitinitiator des Blogs „Offene-grenzen.net“. Er ist Theologe und promoviert derzeit über den englischen Historiker Lord Acton. Dr. Fabian Georgi ist kritischer Politikwissenschaftler und schreibt unter anderem für die Zeitschrift „LuXemburg“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind kritische Gesellschaftstheorien und Migrationspolitik. Er promovierte zum Thema der „politischen Ökonomie von Migrationsregimen“ und forscht derzeit im Rahmen seiner Habilitation zum Thema „Marx und Migration“.

Es zeigen sich Parallelen und Überschneidungen in den Argumentationen, aber auch die grundsätzlichen Unterschiede werden deutlich. Beide Interviewpartner sehen Stadtplanung und Architektur als möglichen Vorgriff auf und gleichzeitigen Initiator für gesellschaftliche Transformation. Migration wird als ein wichtiger Teil dieser Transformation begriffen, die in beiden Fällen zu einer freieren, gerechteren und diverseren Gesellschaft führen soll, auch wenn der langfristige Gesellschaftsentwurf fundamentale Unterschiede aufweist.

## Interview mit Fabian Georgi BEWEGUNGSFREIHEIT ALS TRANSFORMATIONSPROJEKT

Daniel Heuermann—In der Zeitschrift „LuXemburg“ suchen Sie Antworten auf die Frage „Was ist linke Migrationspolitik?“ und Begründungen für die These „Warum globale Bewegungsfreiheit nicht nur ethisch geboten, sondern strategisch notwendig ist“. Können Sie kurz darlegen, warum Sie für globale Bewegungsfreiheit plädieren?

Fabian Georgi—Sie ist ethisch geboten, da es mit den moralischen Grundlagen der Menschenrechte und den Werten der Aufklärung nicht gerechtfertigt werden kann, Menschen aufgrund der Zufälligkeit der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern oder des Ortes ihrer Geburt so massiv unterschiedliche Lebenschancen zu geben. Joseph Carens vergleicht beispielsweise die ungleichen Zugangsrechte heutiger Staatsbürgerschaften in liberalen Demokratien des Globalen Nordens mit feudalen Privilegien, die adeligen Kindern viel mehr Rechte gewährten. Doch Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Privilegierung oder Entrechtung aufgrund von zufälligen Eigenschaften, wie der Hautfarbe oder der Sexualität, können folglich nicht gerechtfertigt werden. Auf Basis dieses Prinzips sind auch die großen Emanzipationskämpfe geführt worden. Am Anfang waren Menschenrechte primär die Rechte der weißen bürgerlichen Männer in Mitteleuropa. Seit bald 250 Jahren fragen sich immer mehr Gruppen: Wenn dieses Prinzip stimmt, warum haben Arbeiterinnen und Arbeiter dann kein Wahlrecht? Warum haben Frauen kein Wahlrecht? Warum haben Menschen mit einer anderen Hautfarbe kein Wahlrecht?

Man kann es mit dem Gerechtigkeitsprinzip noch weitertreiben, wenn man die politische Ökonomie miteinbezieht, die in philosophischen Diskursen des Liberalismus kaum vorkommt: Die Lebensbedingungen im Globalen Süden sind zu einem großen Teil so schlecht aufgrund einer Weltwirtschaftsordnung, die von den Staaten des Globalen Nordens aufrechterhalten wird. Zunächst werden Ökonomien zerstört und Entwicklungen behindert, um daraufhin noch den Versuch zu verhindern, die individuelle Situation durch Migration zu verbessern. Das bringt mich zur zweiten

Begründungsebene: der strategischen Notwendigkeit. Ich denke, man sollte nicht nur die humanistische Begründung für offene Grenzen anführen, sondern kann und muss sich an internationalistische Perspektiven anschließen. Wenn man die Grenzregime und die politischen Verhältnisse genauer analysiert, erkennt man, dass Grenzen und ungleiche Staatsbürgerschaften Regulationsmechanismen sind, die die derzeitige Weltordnung aufrechterhalten. Die Forderung nach offenen Grenzen bleibt so nicht nur ein allgemeiner, moralistischer Appell an die Menschenrechte, sondern verweist auf einen größeren politischen und gesellschaftlichen Konflikt. Versuche, Grenzen zu überqueren, zu unterwandern oder zu umgehen werden zu einem Ausdruck, die ungerechte Weltordnung nicht zu akzeptieren.

DH—Sie sagen auch, dass die Öffnung der Grenzen und ein internationaler Zusammenschluss im Interesse aller subalternen Bevölkerungsschichten ist?

FG—Ja. Es wäre politisch klug, wenn die Lohnabhängigen des Globalen Nordens solidarisch und gemeinsam mit migrierenden Klassenangehörigen gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus vorgehen würden – der schließlich beide Gruppen, wenn auch ungleich, unterliegen. Diese Argumentation funktioniert natürlich nicht mehr mit einem altmodischen Appell an die Solidarität eines proletarischen Internationalismus. Nicht nur, weil dieses Konzept nicht mehr in Mode ist, sondern weil es reale Widersprüche gibt. Lohnabhängige im Globalen Norden profitieren auch von den Grenzen – etwa von Sozialsystemen, die personell und territorial begrenzt sind.

DH—Sie stellen in Ihren Texten zur linken Migrationspolitik den Prozess in den Vordergrund. Dort arbeiten Sie „Transformationsprojekte“ heraus. Was sind aktuelle Ansatzpunkte zur Veränderung der Ordnung?

FG—Diese Transformation klingt momentan noch ausgesprochen spekulativ und utopistisch, da die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ihr noch sehr entgegenstehen. Neben der Umstellung des Steuersystems und der Ausweitung des staatlichen Handlungsspielraums brauchen wir eine breite Demokratisierung der Gesellschaft, damit die Transformation nicht autoritär oder diktatorisch, wie in der Sowjetunion, bestimmt wird. Es müsste eine sozial-ökologische Transformation

beginnen. Soziale Bedürfnisse – Altenpflege, Erziehung, Bildung, für die im kapitalistischen Rahmen keine Mittel zur Verfügung stehen, obwohl es Menschen gibt, die sich dafür engagieren möchten, könnten wieder befriedigt werden. Der laut Studien technisch machbare Umstieg auf grüne Transport- und Energiesysteme könnte angegangen werden, da die Mittel dafür bereitstehen.

Die Antwort auf die Frage, wie wir mit Migration umgehen, ist letztlich dieselbe wie auf die Frage, wie wir mit der eigenen Gesellschaft umgehen. Die Menschen im Globalen Süden kämpfen für bessere Lebensbedingungen vor Ort. Linke Migrationspolitik darf nie isoliert über Migration nachdenken. Es geht nicht nur um das Recht zu gehen, sondern auch um das effektive Recht zu bleiben. Eine selbstbezogene linke Diskussion über „No Borders“ ist letztlich eurozentrisch. Es muss um die Umgestaltung der politischen Ökonomie auf globaler Ebene gehen – darum, Perspektiven im Globalen Süden zu schaffen. Hier ist die Fluchtursachendebatte auch aus Teilen der gesellschaftlichen Linken in gewisser Weise unehrlich. Würde man die „Fluchtursachen“ tatsächlich bekämpfen, müsste man alle wirtschaftlichen Tätigkeiten, also Profit- und Wachstumsstrategien, die direkt oder indirekt Menschen dazu bringen, sich für Flucht oder Migration zu entscheiden, unterbinden. Das würde die Profit- und Wachstumsraten, die Anlagemöglichkeiten für das Kapital, weiter verringern und der Kapitalismus würde noch weiter in die Krise geraten. Genau an dieser Stelle stellt sich somit erneut die Frage einer Transformation zu postkapitalistischer Vergesellschaftung.

DH—Wie könnte bzw. müsste eine Weltordnung mit einem Menschenrecht auf globale Bewegungsfreiheit als Alternative zum Kapitalismus aussehen? Gibt es noch den Staat?

FG—Zunächst: Solange es den Kapitalismus noch gibt, gibt es auch einen Staat. Der moderne Staat hat ganz bestimmte Funktionen, die im Kapitalismus nicht abgeschafft werden können. Erstens wird das physische Gewaltmonopol an den Staat abgesondert, um Vertragsfreiheit, Privateigentum und freie Lohnarbeit zu garantieren. Zweitens ist der Kapitalismus nicht fähig, alle notwendigen Leistungen, wie Infrastruktur und Bildung, zu erbringen und benötigt für den Ausgleich sozialer Spannungen die regulierende Funktion des Staates.

Ich denke, man kann sich eine Alternative in zwei Stufen vorstellen. Die Erste wäre, die Grenzen zunächst so weit wie möglich aufzumachen und den Leuten soweit es geht die gleichen sozialen Rechte zu geben. Das unproduktiv herumliegende Vermögen muss besteuert oder in keynesianischer Weise Geld gedruckt werden, um damit ein massives staatliches und gesellschaftliches Projekt zu finanzieren, was häufig als „New Deal“ diskutiert wird. Dieses Projekt sollte die Lebensbedingungen für alle Menschen, die hier leben, verbessern und müsste parallel mit der ökologischen Transformation der Gesellschaft gedacht werden. Meiner Ansicht nach würde eine solche Strategie unter kapitalistischen Bedingungen sehr schnell an ihre Grenzen stoßen, unter anderem deshalb, weil höhere Besteuerung die aus bestimmten Gründen ohnehin schon niedrigen Profitraten weiter senken würde – und ohne Aussicht auf „ausreichenden“ Profit kommt kapitalistische Wirtschaftstätigkeit tendenziell zum Erliegen. Deshalb müsste man in einem zweiten Schritt die post- und antikapitalistische Transformation vorantreiben. Man würde die Gesellschaft so umstellen, dass immer weniger Bereiche über Profitproduktion und Markt reguliert werden. Eine soziale Basisinfrastruktur befriedigt Bedürfnisse, wie Essen, Gesundheit und Transport, als Grundrechte. Die Menschen müssten keine Angst haben, dass die grundlegenden Bedürfnisse nicht gedeckt werden. Es gäbe immer noch Märkte, beispielsweise für Hochtechnologieprodukte, aber das alltägliche Leben wäre vom Markt abgekoppelt. Wenn nun die Menschen mit ihrer Arbeitskraft zur allgemeinen Versorgung beitragen und gemeinsam, demokratisch entscheiden, wie Ressourcen eingesetzt werden, dann stellt sich die Frage nach Grenzen nicht mehr so scharf. Man könnte viel liberaler und offener sein, da jeder, der hinzukommt, auch zur Reproduktion des guten Lebens beiträgt. Unsere Staatsgrenzen würden vielleicht nicht sofort verschwinden, hätten aber viel von ihrer Tödlichkeit und Dramatik verloren. Es ist unmöglich, dafür einen Masterplan zu entwerfen, aber die kritischen Wissenschaften und die gesellschaftliche Linke sollte mehr über konkrete Visionen reden, um auch die Probleme direkter anzugehen.

DH—Orte, die durch Migration eine Transformation durchlaufen, können in drei mögliche Kategorien gegliedert werden: Orte, die verlassen werden, Orte des Transits

und Orte des Ankommens. Sie thematisieren in Bezug auf Ankunftsräume auch Michael Walzers Theorie der „thousand petty fortresses“. Wie schätzen Sie diese Gefahr der kleinräumlichen Abschottung ein?

FG—Entscheidend ist dabei der gesellschaftliche Prozess, in dem globale Bewegungsfreiheit durchgesetzt wird. Gehen wir von einem demokratischen Prozess und einer Transformation aus, welche die politische, ökonomische und soziale Lage völlig verändert, wäre diese These meines Erachtens nach nicht mehr valide. Die Menschen müssten keine Angst vor Prekarität, vor sozialem Abstieg oder gesteigerter Konkurrenz haben. Wenn offene Grenzen durchgesetzt werden, während Menschen prekär sind oder sie zu Recht befürchten, dass es ihnen bald schlechter geht; wenn es Angst vor Arbeitslosigkeit, Altersarmut oder Verlust der Wohnung gibt, dann sind chauvinistische und nationalistische Reaktionen, die meiner Ansicht nach immer rassistisch aufgeladen sind, sehr wahrscheinlich.

An dieser Stelle ist es wichtig, auf die rechts-libertäre, neoliberale Forderung nach offenen Grenzen zu antworten. Wenn wir den Neoliberalismus weiter radikalieren, den Staat weiter zurückschrauben und dann die Grenzen öffnen, wird die Konkurrenz weiter verschärft und die soziale Infrastruktur noch weiter überlastet. Dadurch werden massive rassistische Kräfte – vielleicht ungewollt, aber auch unverantwortlich – mobilisiert. Es ist gefährlich, das faschistische Potenzial derart zu provozieren.

DH—Eine Art der Migration ist die Landflucht und die daraus resultierenden Megacities, mit riesigen Slums an ihrer Peripherie. Diese zeigen einerseits Staatsversagen und strukturelle Probleme, andererseits sind sie Ausdruck einer individuellen Selbstorganisation, um nicht funktionierende Staaten bzw. Sozialsysteme zu kompensieren. Müssen wir im Fall steigender Migrationszahlen ähnliche Tendenzen verstärkt auch im Globalen Norden erwarten und wie beurteilen Sie das?

FG—Wir spekulieren nun, dass die Menschen in die Situation kämen, in der es eine soziale Infrastruktur gäbe und die Menschen direkt an der Schaffung der Infrastruktur, die sie selbst benötigen, beteiligt werden. Es könnten in einem kurzen Übergangszeitraum provisorische Siedlungen entstehen. Und für diesen Übergangszeitraum ist das vielleicht auch nicht so schlimm. Insbesondere nicht so schlimm, da es im Gegenteil zum

Globalen Süden bereits ein sehr starkes Netz von sozialer Basisinfrastruktur gibt.

DH—Da Ihre vollständige Utopie vermutlich nicht so schnell umgesetzt wird und tatsächliche Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd herrscht: Welche Entwicklungen sehen Sie heute für Orte, die verlassen werden?

FG—Damit kommen wir zurück auf die Debatte um die strategische Notwendigkeit. Politisch stärkt eine reale Exit-Option die Machtposition der Menschen vor Ort. Ein Beispiel ist die Ehe. Wenn ich juristisch, ökonomisch oder sozial nicht die Möglichkeit habe, mich scheiden zu lassen, muss ich viel mehr Missbrauch, Unterdrückung oder Gewalt tolerieren. Die juristische Ermöglichung der Scheidung hat die Machtposition der Frau in einer Ehe massiv gestärkt. Wenn Menschen im Globalen Süden eine reale Exit-Option hätten, würde sich ihre Machtposition gegenüber lokalen korrupten Eliten und Staaten massiv verbessern.

DH—Ihr Forschungsschwerpunkt sind Grenzregime. Der Grenzübergang in Idomeni oder der Dschungel in Calais sind Transitzonen, die insbesondere durch Migrationspolitik und Migrationsmanagement bestimmt sind. Denken Sie, es würde bei tatsächlicher globaler Bewegungsfreiheit eine Art Transitzonen geben und wie würden diese aussehen?

FG—Man könnte in der Transformationsperspektive spekulieren, dass es weniger Flugreisen geben würde, da sie ökologisch nicht nachhaltig sind. Globale Mobilität würde vielleicht langsamer ablaufen, über Fähren, Bahnen, Busse oder auch Wanderungen. Das könnte zu eigenen sozialen Räumen führen, in denen sich Menschen auf weiten Strecken begegnen und Informationen austauschen. Es könnte auch Willkommenszentren geben, auch wenn ich das Wort kaum aussprechen mag. Diese wären nicht die euphemistisch als „Willkommenszentrum“ betitelten Lager, sondern positive Räume des Ankommens. Man kann hier Informationen bekommen und die ersten Nächte verbringen. Das heißt, es gäbe in der Transformationsperspektive den Transitraum für die Versorgung der reisenden Menschen mit zusätzlichen sozialen und kulturellen Bedeutungen. Man könnte auch in Berlin über den Flughafen Tempelhof als weltbekanntes, positives Willkommenszentrum nachdenken. Die

Leute kämen in Berlin an und würden erst mal zum Flughafen Tempelhof gehen. Die Berliner kämen her, um Menschen zu treffen. Transitzone könnten positive Anknüpfungsorte sein – statt der alptraumhaften Bilder von Stockbetten in kalten Hallen ohne Privatsphäre, genutzt von Reisenden aller Art.

DH—Die räumliche und die soziale Organisation einer Gesellschaft bedingen sich gegenseitig. An der räumlichen Organisation von Städten und Siedlungen kann man die soziale Organisation ablesen. Umgekehrt wird Architektur häufig für den Ausdruck und die Förderung der gesellschaftlichen Ideale genutzt. Welche räumlichen Phänomene können wir in einer Gesellschaft der offenen Grenzen entdecken bzw. wie sollte der menschliche Lebensraum Stadt für das Ideal einer Welt der „offenen Grenzen“ Ihrer Meinung nach gestaltet werden?

FG—Ich habe kürzlich wieder einmal in das Buch „Subcoma“ des Schweizer Autors P.M.<sup>2</sup> hineingeschaut. Er entwirft eine Struktur von sechs Stufen, in der die Gesellschaft global organisiert werden könnte. Die ersten beiden sind die Life-Maintenance-Organisation (LMO) und das Quartier (QA). Die LMOs sind unmittelbare Nachbarschaften mit etwa 500 Menschen. Ein Straßenblock, in dem das unmittelbare Leben produziert wird. Es gibt Großküchen, Kitas, Verleihe für bestimmte Gerätschaften, die man benötigt, usw. In der nächsten Stufe, den Quartieren, wohnen etwa zehn- bis fünfzehntausend Menschen. Es gibt kleine Industriebetriebe und Bahnnetze. Auf dieser Ebene trägt man durch Gemeinschaftsarbeit bei, das Leben aufrechtzuerhalten, auch in Kombination mit Maschinen- oder Roboterarbeit. Darüber hinaus kann jeder mit seiner Kreativität auf komplexe Art zur Gesellschaft beitragen. Die lokalen Quartiere sind weitestgehend subsistent, was die benötigten Lebensmittel und Dienstleistungen angeht. Diese utopischen Entwürfe finde ich sehr spannend, da sie Hoffnung geben. Man kann sich die konkrete Utopie im eigenen Häuserblock direkt vorstellen. Was P.M. entwirft, benötigt auch nicht die komplette Abschaffung des Kapitalismus. Es könnte auch als Zwischenschritt richtungsweisend auf eine neue Gesellschaft hindeuten. Das Ausmalen von räumlichen Alternativen finde ich sehr wichtig, da es Inspiration und auch Motivation bringt, für bessere gesellschaftliche Bedingungen zu kämpfen.

DH—Letztendlich geht es ja bei diesem Entwurf um Gemeinschaft, die sich als Ideal einer Gesellschaft ohne Grenzen zeigt. Die Menschen tragen in Gemeinschaften auf unterschiedlichen räumlichen Maßstäben zum guten Leben bei.

FG—Genau. Wobei es wichtig ist, dass Gemeinschaft nicht so eine alte, stickige Gemeinschaft ist, in der Menschen nach bestimmten Herrschaftsverhältnissen gegliedert sind, ohne die Möglichkeit auszubrechen. Deshalb ist bei P.M. auch die kleinste Einheit eben nicht so eine kleine Gemeinschaft mit dreißig bis hundert Leuten, weil das sozial zu klebrig ist. Es muss die Möglichkeit geben wegzugehen. Von daher würde ich aus historischen Gründen mit dem Begriff der Gemeinschaft etwas fremdeln.

1— Fabian Georgi: Was ist linke Migrationspolitik? (Januar 2015). In: LuXemburg. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-linke-migrationspolitik> (Stand: 14.06.2017)  
2—P.M.: Subcoma. Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft: Zürich: Paranoia City Verlag 2000

Fabian Georgi ist Politikwissenschaftler und schreibt für die Zeitschrift „LuXemburg“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind kritische Gesellschaftstheorien und Migrationspolitik. Er promovierte unter dem Titel „Zur politischen Ökonomie von Migrationsregimen. Die Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1951–2015“ und forscht derzeit im Rahmen seiner Habilitation zum Thema „Marx und Migration“. Georgi ist Mitglied der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ und Geschäftsführer der kritischen Assoziationen „reflect!“ und „AkG“.

## Interview mit Clemens Schneider MIT OFFENEN GRENZEN ZUM BESSEREN LEBEN

Daniel Heuermann—Offene Grenzen wären eine radikale Veränderung in einer Welt, die in „Vereinten Nationen“ mit jeweiligen Staatsgebieten organisiert ist. Was sind für Sie die zentralen Gründe, für die Öffnung von Staatsgrenzen einzutreten?

Clemens Schneider—Zunächst zur Klarstellung: Ich stehe für offene Grenzen, nicht für eine grenzenlose Welt. Wir müssen weiterhin Staaten organisieren, ich plädiere aber dafür, Migration stärker zuzulassen. Die Gründe sind einerseits praktischer Natur. Ich

bin überzeugt, dass zunehmende Migration für alle Beteiligten positiv ist, da sie die Arbeitsteilung verbessert, Innovationen ermöglicht und das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Das zeigt die Geschichte der Globalisierung, die eng mit Migration verknüpft ist, und auch aktuelle ökonomische Berechnungen. Daneben gibt es auch einen moralischen Grund. Der Geburtsort ist Glücks- oder eben Pechsache. Es darf nicht entscheidend sein, ob eine Person in Afghanistan, Somalia oder Bolivien anstatt in den USA oder Frankreich geboren wurde. Ich sehe es als unsere moralische Pflicht, allen Menschen mehr und mehr die gleichen Chancen einzuräumen.

DH—Wie könnte sich der Prozess hin zu offenen Grenzen abspielen und was würde währenddessen im Hinblick auf Migration passieren?

CS—Es ist wichtig, zunehmend eine Atmosphäre zu schaffen, in der Migration normal ist. Das zeigt auch die Geschichte der EU, wo heute, zum Glück, die Grenzen offen sind. Aber die Leute mussten sich daran gewöhnen. Es ist zu beobachten, dass es einfacher ist, Migration zu ermöglichen, wenn sie bereits zur Lebensrealität der Menschen gehört. Die Flüchtlingsfrage zeigt aber auch, wie sich Überforderung einstellen kann. Ich glaube, „wir schaffen das“, aber es war an der Grenze. Insofern sollten wir Möglichkeiten schaffen, die Grenzen zu durchlöchern, bis sie irgendwann von selbst offen sind.

Was dann passieren dürfte, zeigt eine Untersuchung von Gallup. Viele Menschen wollen migrieren. Aber nicht alle wollen nach Deutschland, sondern oft eher in ihre Nachbarländer. Ich glaube nicht, dass der gesamte afrikanische Kontinent sich auf den Weg nach Europa machen würde, da Menschen in der Regel nicht dazu geneigt sind, ihre Heimat zu verlassen. Das macht man vor allem, wenn man bitterarm ist, wenn Krieg herrscht oder weil man zu einer privilegierten Bevölkerungsschicht gehört, die ohnehin sehr mobil ist, wie Managerinnen und Manager oder Professorinnen und Professoren. Hinzu kommen die sogenannten „remittances“, welche mittelfristig den Migrationsdruck mildern. Diese Rücküberweisungen übersteigen die Entwicklungsausgaben der Welt um das Zwei- oder Dreifache und erzeugen so positive Effekte für die Herkunftsländer. Zunehmende Migration führt nicht zu einer völligen Umstrukturierung der weltweiten Population.